

STIMMEN AUS DEM NETZ WIE WEITER MIT DER ORGANSPENDE? DAS SAGEN LESER

„Ich bin Organspender und hoffe, dass die Widerspruchsregelung endlich kommt.“

Constance Boy via Facebook

„Das ist ein sehr schwieriges Thema. Man weiß nicht, was das Leben für einen vorgesehen hat.“

Daniela Wahn via Facebook

„Ich möchte keine Organe. Von mir bekommt niemand Organe. Ich bin kein Ersatzteillager.“

Gregor Alsleben via Facebook

DISKUTIEREN SIE MIT:

News rund um die Uhr auf allen Kanälen. Teilen Sie Ihre Meinung mit - auf Facebook, per Mail oder per Brief.

MZ.de/facebook
redaktion.leserbriefe@dumont.de
Delitzscher Straße 65, 06112 Halle

Die meist gelesenen Artikel auf www.MZ.de

Tote in Hannover Opfer stammt wie Täter aus Dessau - Mann muss in Haft
Moped, Fahrrad oder Auto Herr der Felgen in seiner Krumpaer Werkstatt
Todesursache und Identität unklar Mysteriöse Leiche in Elbe gefunden

KOMMENTAR

Wendepunkt in der Haushaltspolitik



RASMUS BUCHSTEINER sieht keine Notwendigkeit für neue Schulden.

Pötlitzlich war die Tonlage anders. Auf einmal sprach Bundesfinanzminister Olaf Scholz davon, dass die fetten Jahre nun vorbei seien. Der Vizekanzler redete über Abschwung, über sinkende Steuereinnahmen und darüber, dass der Bund 2019 wohl keinen Überschuss mehr machen werde. Fast zwölf Monate ist das nun her.

Scholz hat die Lage falsch eingeschätzt. Und zwar gründlich. So dramatisch, wie Anfang 2019 skizzierte, ist sie keinesfalls. Die Bilanz des Bundes fällt nicht nur besser aus als damals gedacht. Es ist sogar ein Rekordüberschuss, der da erreicht worden ist. Das alles beflügelt die Fantasie von Steuerentlastungsapologeten. Aber ein einmaliges Plus zum Anlass für strukturelle Einnahmensenkungen zu nehmen, war noch nie eine gute Idee.

Euphorie und Freigiebigkeit sind fehl am Platze. Wenn am Mittwoch die Zahlen für den Gesamtstaat vorgelegt werden, wird der Blick nicht nur auf die finanzielle Situation der Kommunen fallen, von denen eine erhebliche Zahl nur mit Kassenkrediten über die Runden kommt, sondern auch auf die Sozialversicherungen. Alles deutet darauf hin, dass die Rücklagen dort nicht weiter wachsen, sondern vergleichsweise rasch zusammenschrumpfen.

Die Haushaltspolitik des Bundes sah zuletzt vor allem so aus: Alle Ausgabenwünsche kamen auf einen Zettel. Und das meiste fand schließlich auch seinen Weg in die Etatplanung. Für die GroKo war dieses Vorgehen die effektivste Art der Konfliktvermeidung. Notwendigkeiten, im Haushalt etwas zu streichen oder auf neue, ausgabenwürdige Projekte zu verzichten, gab es kaum.

Doch diese Politikmethode stößt an ihre Grenzen. Es kann kaum davon ausgegangen werden, dass die Steuereinnahmen auch in diesem Jahr über das Erwartete hinaus steigen werden. Die

Haushaltspolitik ist an einem Wendepunkt. Es wird stärker als zuletzt um echte Prioritätenentscheidungen gehen - darum, was denn nun wichtiger ist: steuerliche Entlastungen, Sozialtransfers, Geld für Infrastruktur oder steigende Rüstungsausgaben?

Vor allem kommt es darauf an, die Grundlage dafür zu schaffen, dass Deutschland als schrumpfende Gesellschaft nicht abgehängt wird. Das alles geht nicht ohne massive Investitionen, in unsere Städte, Schulen, in Kitas, in Forschung, Entwicklung, Qualifizierung und Digitalisierung.

Das alles sind keine neuen Stichworte. Es ist auch nicht so, dass der Bund für diese Zwecke nicht in der Vergangenheit bereits Milliardenbeträge bereitgestellt hätte. Leider dauert es viel zu lange, bis das Geld verbaut ist und die Projekte abgeschlossen sind. In den einschlägigen Fonds des Bundes lagern immer noch Milliardenbeträge, die nicht abgerufen sind.

Vor diesem Hintergrund mutet der Ruf danach, die Schwarze Null aufzugeben und noch größere Investitionstöpfe auf Pump zu finanzieren, einigermaßen absurd an. Jetzt ein 450-Milliarden-Euro-Paket für Investitionen zu schnüren und dafür den ausgeglichenen Bundesetat aufzugeben, wäre haushaltspolitisches Harakiri.

Dagegen wäre es wichtig, dass die Länder endlich ihre Hausaufgaben machen. Sie sind sehr wohl in der Lage, zusätzliches Personal für die Planung großer Infrastrukturprojekte einzustellen. Und es muss endlich überzeugende Anstrengungen gegen den Fachkräftemangel auf dem Bau geben. Darauf kommt es jetzt an. Das Gezerre an der Schwarzen Null ist nur ein Ablenkungsmanöver.

Den Autor erreichen Sie unter: redaktion.politik@mz-web.de

KOMMENTAR

Australien profitiert vom Kohlebergwerk



CHRISTOPH SCHERBAUM hält die Kritik an Siemens nur teilweise für richtig.

Die Idee war brilliant. Siemens-Chef Joe Kaeser hat der Klima-Aktivistin und Dauerkritikerin Luisa Neubauer einen Aufsichtsratsposten bei der Konzerntochter Siemens Energy angeboten. Das mediale Echo war groß und das Siemens-Geschäft mit der australischen Kohlemine damit aus der Schusslinie. Neubauer versuchte die eigene Absage damit zu retten, jemanden von „Scientists for Future“ für den Posten bei Siemens Energy vorzuschlagen. Ob Kaeser sich darauf einlässt, wird man sehen.

Doch selbst wenn Siemens den Auftrag abgelehnt hätte, wäre der Bau der größten Steinkohlemine der Welt nicht zum Erliegen gekommen. Zu groß ist nun einmal nach wie vor das Interesse der

Welt an Steinkohle als Energieträger. Das mögen wir im Umweltschutzauffinen Europa nur bedingt verstehen, die asiatischen Staaten benötigen wiederum die australische Kohle für ihren Energiehunger. Und Australien wiederum profitiert vom wirtschaftlichen Erfolg ihrer Rohstoffunternehmen in Down-under. Das mag man kritisieren, aber vielleicht sollte man sich dann besser an die größten Kohleimporteure der Welt wenden: China, Indien, Japan und Südkorea. Ob Kritikern dort jedoch Aufsichtsratsposten angeboten werden, mit denen man tatsächlich etwas bewegen könnte?

Den Autor erreichen Sie unter: redaktion.politik@mz-web.de

Koalition der Willigen

Das System zur Verteilung der Flüchtlinge stößt an seine Grenzen.

Der „Königsteiner Schlüssel“ zeigt, wie kompliziert ein Bundesstaat wie Deutschland funktioniert. Nach ihm werden Finanzströme und Flüchtlinge gleichermaßen zwischen den Bundesländern verteilt, die dann wiederum Quoten für die Kommunen festlegen. Jeder soll gerecht profitieren, jeder sich an den Lasten beteiligen. Doch ein System, das Menschen als Lasten verteilt, stößt an Grenzen: Denn Menschen suchen ihre Chancen. Und sie finden Mittel und Wege, diese Chancen wahrzunehmen. Flüchtlinge in Deutschland strömen dorthin, wo sie Verwandte, Bekannte und ein Netzwerk haben - diesem Drang



„Da das System Menschen als Lasten wahrnimmt, ist es überfordert.“

Jan Sternberg
Korrespondent

mit Wohnsitzauflagen entgegenzuwirken, ist grundsätzlich zum Scheitern verurteilt.

Und das System der Verteilungsschlüssel hat einen zweiten Haken: Da es Menschen ausschließlich als Lasten wahrnimmt, ist es überfordert, wenn Einzelne das anders sehen. Wenn Kommunen sagen „Wir schaffen noch mehr“. Das haben 120 Kommunen vom „Bündnis Sichere Häfen“ jetzt erneut betont - und zugleich beklagt, dass sie Monat um Monat beim Bundesinnenministerium auf eine Wand des Schweigens stoßen. Horst Seehofer und seine Beamten scheinen die Initiativen der Kommunen für Symbolpolitik zu halten, die

man nicht ernst nehmen muss. Sie haben eher auf die kommunalen Spitzenverbände gehört, die - zu Recht - als Vertreter aller Gemeinden über die Lasten klagen, die die Unterbringung von Flüchtlingen für sie bedeutet.

Und zu einem gewissen Grad betreibt diese „Koalition der Willigen“ ja auch Symbolpolitik. Dennoch: Fünf, zehn, 20 unbegleitete Minderjährige aus griechischen Lagern pro Stadt aufzunehmen stellt jenseits des Symbols eine konkrete Hilfe dar. Und es ist konkrete Willkommenspolitik.

Den Autor erreichen Sie unter: redaktion.politik@mz-web.de



ZEICHNUNG: HARM BENGEN

LESERBRIEFE

Zu „Militärexporte auf Rekordhoch“, Thema: Im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt sich der Wert der Ausfuhrerlaubnisse nahezu

MZ vom 9. Januar
Von Deutschland sind zwei Weltkriege ausgegangen, und dann rühmt man sich noch mit Rüstungsexporten. Erst kürzlich hieß es aus dem Ministerium, die Bundesregierung habe 2019 Rüstungsexporte für mehr als acht Milliarden Euro genehmigt - ein neuer Rekord. Immer wird darauf hingewiesen, die Kriegsverbrechen nicht zu vergessen, und was macht Deutschland?

Immer weiter Rüstungsgüter herstellen, statt dies zu beenden. Uwe Kiesel, per E-Mail

Zu „Wie raus aus dem Dilemma?“ und zum Kommentar „Inhalt geht vor Taktik“, Thema: Politische Lage in Thüringen

MZ vom 13. Januar
Bodo Ramelow hat sich als kluger, warmherziger Landesvater der Thüringer deutschlandweit einen herausragenden Ruf verschafft. Als weitsichtiger Politiker und lupenreiner Demokrat ist er, der Linke, so weit entfernt von der alten SED wie die Wahrheit von

Donald Trump. In den jetzigen turbulenten Zeiten auf unserem Globus wäre es dringend angesagt, dass, wie im Kommentar treffend beschrieben, zumindest in Thüringen zwischen CDU und Linken „Feindseligkeiten von 30 Jahren begraben“ werden können und „politische Mauern“ fallen. Die Wohlfahrt unseres Landes und die Demokratie sind so hohe Güter, dass alle Gutwilligen, alle Demokraten, auch die Strategen der großen Politik in der Lage und gewillt sein sollten, über ihren Schatten zu springen. Dr. Volker Püschel, Naumburg

Kostendruck schadet dem Wohl der Patienten

Zu „Die Angst vor dem Konzern“, Thema: Burgenlandklinikum wird nicht von Uniklinik Halle übernommen, MZ vom 11./12. Januar

Steht die Patientenversorgung noch an erster Stelle oder ist es das finanzielle Interesse? Profit statt Patientenwohl? Das Land ist zuständig für die Investitionsförderung. Diese hat aber in den vergangenen zehn Jahren für Krankenhäuser nur unzureichend stattgefunden.

Das Land muss stark nachbessern und Defizite ausgleichen. Es hat eine Mitverantwortung für die medizinische Grundversorgung und kann sich davon auch nicht zurückziehen. Das Ablehnen der Rettung ist keine Frage mangelnden Geldes, sondern Interessenpolitik. Eine Bank retten und ein Klinikum fallen lassen, diese Politik spielt privaten Betreibern in die Karten. Die Ökonomisierung der

Gesundheit wirft ethische Fragen auf. Die Vergangenheit zeigt: Private Betreiber machen aus Heilung ein Geschäft. Daher sollten Krankenhäuser vom Staat bereitgestellt werden. Das Land sollte seiner Verantwortung gerecht werden und das Burgenlandklinikum als Schwerpunkt- und als Lehr-Krankenhaus unterstützen. Durch gutes Management, Neuordnung von Strukturen

und Kostenanpassung an wirtschaftliche Rahmenbedingungen sollte es gelingen, die Erwartungen der Bevölkerung und der Mitarbeiter zu erfüllen. Generell schadet Kostendruck dem Patienten, da Humanität und Qualität der Patientenversorgung unter die Räder kommen. Doch sollte ein stärkerer Anreiz von kostensenkenden Innovationen durchgesetzt werden. Steffi Gärtner, Salztal

Mitteldeutsche Zeitung

Unabhängig • Überparteilich

Liebe Leserin, lieber Leser, haben Sie Fragen zum Abo oder Anregungen oder Kritik zur aktuellen Ausgabe? Ihr Leserservice der Mitteldeutschen Zeitung hilft Ihnen gern weiter.

Abo Service
Mo-Fr 6-19 Uhr, Sa 6-14 Uhr,
Telefon: 0345 565-22 33

Kontakt zur Redaktion
Mo-Fr 10-18 Uhr,
Telefon: 0345 565-42 40

Digitale Angebote
Mo-Fr 9-19 Uhr, Sa 6-14 Uhr,
Telefon: 0345 565-27 00

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont f.
Christian DuMont Schütte, Isabella Neven
DuMont | **Chefredakteur:** Hartmut Augustini
Stellvertretender Chefredakteur: Kai Gauselmann | **Mitglieder der Chefredaktion:**
Rainer Wozny (CvD Print), Yvonne Müller
(Digital), Lars Geipel (CvD Regional/Lokal) |
Chef vom Dienst Digital: Gero Hirschelmann |
Kultur: Andreas Montag | **Sport:** Christoph
Karpe | **Entwicklung/Neue Medien/Sonderprojekte:** Jessica Quick (alle verantwort-
lich) | **Foto/Video:** Andreas Stedtler |
Produktion: Bernd Martin | **Hauptstadtbüro:**
Gordon Repinski (Ltg.), Steven Geyer (stv.)
RND Berlin GmbH, Markus Decker | **Magdeburg:** Hagen Eichler, Jan Schumann

Geschäftsführung: Tilo Schelsky
Anzeigenleitung: Heinz Alt
Verlag/Redaktion: Mediengruppe
Mitteldeutsche Zeitung GmbH & Co. KG,
Delitzscher Straße 65, 06112 Halle
Postanschrift: 06075 Halle
Telefon: 0345 565-0
E-Mail: MZ-Service@dumont.de
Internet: www.mz.de

Druck
MZ Druckereigesellschaft mbH,
Fietze-Schulze-Str. 3, 06116 Halle,

Redaktion
Telefon: 0345 565-42 40
Fax: 0345 565-43 50

Anzeigen
Telefon: 0345 565-22 11
Fax: 0345 565-23 51

Vertrieb
Telefon: 0345 565-22 33
Fax: 0345 565-20 20

Wöchentlich mit „prisma“, dem Magazin zur Zeitung | Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 32 vom 1. Januar 2020
Die auf dieser Seite veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Es besteht kein Anspruch auf eine Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich bei der Veröffentlichung von Leserbriefen das Recht zum Kürzen vor.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt bzw. infolge von Streik besteht kein Entschädigungsanspruch.